

Pressemitteilung

Hilden, 03. Juli 2020

Dieter Donner

Pressekoordinator der **Stopp Bayer-CO-Pipeline** Initiativen
Monheim, Hilden, Langenfeld, Erkrath, Ratingen, Solingen, Düsseldorf

Humboldtstraße 64
40723 Hilden
Telefon (02103) 65030
dietersdonner@arcor.de



**Mehr als 110.000 Menschen und 10 Städte
mit 1,5 Millionen Einwohnern fordern:
Keine Risiko-Leitung durch Wohngebiete**

Bezirksregierung Düsseldorf mit Kniefall vor COvestro - Wunsch des Chemiekonzerns bekommt Vorrang vor bürgerlichen Schutzinteressen

Ab dem 19. August 2020 wird beim **Oberverwaltungsgericht NRW (OVG)** die BAYER-CO-Pipeline in einem weiteren Berufungsverfahren verhandelt. Das hat das OVG gestern in einer Pressemeldung mitgeteilt.

Da konnte sich die Bezirksregierung Düsseldorf offensichtlich nicht mehr zurückhalten und musste ihren Kniefall vor den Wünschen des BAYER-Ablegers COvestro auch öffentlich machen.

Auffällig erscheint, dass offensichtlich in einem Eilverfahren innerhalb eines Monats die Abwägung **"des wirtschaftlichen Interesses der Antragstellerin gegen das Schutzinteresse der Betroffenen"** erstaunlich schnell über die Bühne ging. Und dies alles, ohne dass die betroffenen Bürger*innen irgend etwas davon gehört, geschweige denn, dass diese zu ihren Interessen nochmals gehört wurden. Auch die baldige Verhandlung beim OVG konnte nicht abgewartet werden?

Das riecht doch sehr nach lobbyistischer Einflussnahme und dem alten königlich-preußischen Behördenverständnis, dem sich die Regierungspräsidentin Birgitta Radermacher offensichtlich verpflichtet fühlt. Den König gibt es zwar nicht mehr, aber dafür steht ja derzeit der Ministerpräsident NRW Armin Laschet. Er hat sich bisher in dem Verfahren gegenüber den Bürger*innen noch nie persönlich geäußert. Aber jetzt ließ er seine Regierungs-Behörde zuschlagen. Das alles geschieht, ohne dass die neuen Kläger, Privatleute und der **BUND** NRW, gegen das Planänderungsverfahren vor dem Verwaltungsgericht Düsseldorf überhaupt zu Wort kamen.

Aber auch diese Masche wird den Protest und unseren Widerstand gegen dieses menschenverachtende Projekt - trotz der coronabedingten Einschränkungen - nicht schwächen sondern weiter verstärken. Der Kampf um Menschen- und Lebensrechte geht also weiter, auch 13 Jahre nach der Plangenehmigung durch eben diese gleiche Behörde!

https://www.ovg.nrw.de/behoerde/presse/pressemitteilungen/53_200702/index.php

https://www.brd.nrw.de/presse/pressemitteilungen/2020/07Juli/051_2020_CO-Pipeline.html